



Für eine Renaissance von Entspannungspolitik Zur Lage in der Ukraine

„Nicht nur die Nato diskutiert darüber, wie sich das Bündnis gegenüber Russland verhalten soll - in der deutschen Regierungskoalition gibt es jetzt einen offenen Dissens darüber, ob die Krim-Krise grundsätzliche Änderungen in der deutschen Verteidigungspolitik bewirken soll. (...) Hintergrund ist die Nato-interne Debatte um eine strategische Neuausrichtung des Bündnisses, die sich an einer anhaltenden, auch militärischen Konfrontation der Nato mit Russland orientieren soll. (...) Diskutiert wird unter anderem, die Bereitschaft der westlichen Land- und Luftstreitkräfte zu erhöhen.“

Krim-Krise: Große Koalition streitet über militärpolitische Konsequenzen, Spiegel-Online vom 6. April 2014.

„Die Roheit kommt nicht von der Roheit, sondern von den Geschäften, die ohne sie nicht gemacht werden können.“

Bertolt Brecht, Rede auf dem I. Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur, Paris im Juni 1935.

In den 60er/70er Jahren entlarvte der Hamburger Historiker Fritz Fischer in seinen lesenswerten Werken „Griff nach der Weltmacht“ und „Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945“ die Ziele und die treibenden Akteure deutscher Kriegspolitik vom Kaiserreich bis zum Faschismus als imperialistische Expansionsbestrebungen eines „Bündnisses der Eliten“ aus deutschem Militär, Junkertum und Großindustriellen. Ergebnis dieser Politik waren u.a. zwei von Deutschland ausgehende Weltkriege.

100 Jahre nach Beginn des Ersten und 75 nach Beginn des Zweiten Weltkriegs geht es konservativen Politikern und großen Teilen der Industrie immer noch um einen deutschen „Platz an der Sonne“: also um die Erschließung neuer Märkte, um den Zugang zu Rohstoffen und zu Handelswegen. Damit einhergehend sollen nach „innen“ weiterhin munter die Löhne gedrückt werden. Zur Durchsetzung dieser Politik in der Ukraine hat die Konrad-Adenauer-Stiftung einen hierzulande profilierten Boxer (Klitschko) und seine Partei aufgepäppelt und das Erstarken faschistischer Kräfte (Swoboda) in Kauf genommen und befördert. Hüben wie drüben hat diese Politik mit Demokratie oder mit den Belangen der Bevölkerung nichts zu tun: Die von der Bevölkerung nicht gewählte Regierung der Ukraine wird

vom IWF und der EU dazu gedrängt, als „Gegenleistung“ für Kredite das Land für ausländische Investoren zu öffnen, Massenentlassungen durchzuführen, die Gaspreise für die Bevölkerung massiv anzuheben und öffentliche Ausgaben zu kürzen, während Macht und unglaublicher Reichtum der Oligarchen unangetastet bleiben sollen. Der Kaiser ist nackt.

Zur Verbesserung der Lage der Bevölkerung überall in Europa bedarf es der internationalen Solidarität gegen die Kriegs- und Austeritätspolitik der EU. Gegen die militärischen Phantasien von Pastor Gauck und den Versuch, die Kriegspolitik familiärer zu verkaufen (von der Leyen), wächst hierzulande die Einsicht, dass Frieden nur auf zivilem Wege realisiert werden kann: 85 % der Bevölkerung befürworten ein stärkeres internationales Engagement Deutschlands für Diplomatie, Verhandlungen und humanitäre Hilfe, nur 22 % sprechen sich für stärkeres militärisches Eingreifen mit internationalen Bündnispartnern aus (Infratest dimap, Februar 2014).

Es kommt nun vor allem darauf an, diese Ansprüche einer zivilen Entwicklung der Welt engagiert zur Geltung zu bringen. Dies ist auch eine Aufgabe für die Wissenschaft, dieser Maßstab sollte orientierend für die anstehende Studien- und Hochschulreform sein.

Wer wir sind:

Im Wendepunkt arbeiten linke SozialdemokratInnen und weitere Aktive für Frieden, soziale Progression, sinnvolle Arbeit, Bildung, Kultur und Gesundheit für alle statt der Politik der Schuldenbremse und der Übelverwaltung des Kapitalismus. Wir wirken dafür auch in der SPD und stehen in der Tradition der Opposition gegen die Kriegspolitik von Rot-grün in Afghanistan und anderswo sowie gegen die Politik der Agenda 2010.

Wir arbeiten in der Friedensbewegung und im Arbeitskreis Zivilklausel an der Uni in Gegnerschaft zu den imperialistisch motivierten „humanitären“ Kriegen für eine friedliche und zivile Entwicklung weltweit; wir wirken als studentische Bewegung und in der akademischen Selbstverwaltung für eine Bildung und Wissenschaft, die zu einer solidarischen und humanen Entwicklung der Welt statt zu Wettbewerbsvorteilen für die große Industrie und Banken beitragen und für ein entsprechend kritisches, kooperatives Studium statt dem vereinzelnden, arbeitgeberkonformen Pauken.

Politisches Engagement verstehen wir als persönliche, eingreifende, solidarische, lern- und entwicklungsorientierte Angelegenheit.

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19:30 Uhr im Café Sandspur der Evangelischen Studierendengemeinde Köln, Bachemerstraße 27.